

PFLEGEKOMPETENZGESETZ

POLITIK Beim Pflegekompetenzgesetz bleibt es bei „Trippelschritten in die richtige Richtung“, wie der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe (VDAB) kritisiert. Nach Abschluss des Stellungnahmeverfahrens für die Verbände am 14. Juni geht das Gesetz nun seinen Weg (siehe auch S. 18).

Laut vorliegenden Informationen sollen das Pflegekompetenzgesetz und das Pflegeassistenzgesetz am 6. August im Kabinett beschlossen werden. Die Behandlung im Plenum des Bundestags ist für den 11. September vorgesehen.

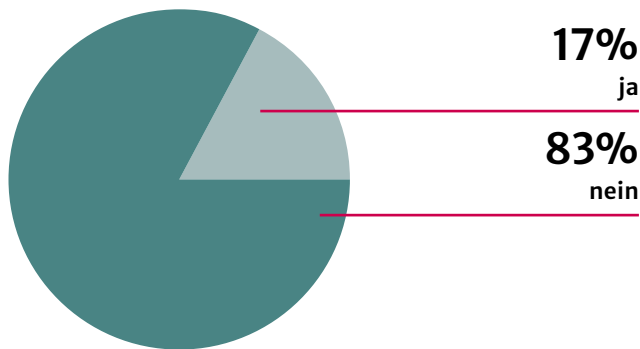
„Es gab kaum Veränderungen zum Entwurf der alten Bundesregierung. Deshalb bleiben die Kompetenzübertagung an Pflegefachkräfte und die Änderungen bei den Verfahren zu Vergütungsverhandlungen eher halbherzig“, so VDAB-Bundesgeschäftsführer Thomas Knieling.

Eine erfreuliche Änderung im überarbeiteten Referentenentwurf: Die ursprünglich geplante Umwidmung von Leistungsbeträgen der Tagespflege zugunsten niedrigschwelliger Betreuungsleistungen wurde gestrichen.

Minijob: Grenze beim Verdienst

VERBAND Steigende Pflege-Mindestlöhne erfordern laut Bundesverband Ambulante Dienste und Stationäre Einrichtungen (bad) die Einführung einer branchenspezifischen Minijob-Verdienstgrenze. Zum 1. Juli 2025 sind die Pflege-Mindestlöhne gestiegen. Pflegefachkräfte erhalten nun mindestens 20,50 Euro pro Stunde, qualifizierte Pflegehilfskräfte mit mindestens einjähriger Ausbildung mindestens 17,35 Euro pro Stunde und Pflegehilfskräfte mindestens 16,10 Euro pro Stunde. Da diese Stundenlöhne auch für Pflegekräfte gelten, die in einem Minijob-Arbeitsverhältnis arbeiten möchten, sind diese laut bad gezwungen, ihre Arbeitsstundenzahl zu reduzieren, um ihre Verdienstgrenzen nicht zu überschreiten. Die vom bad e.V. geforderte Systematik gibt es bereits, allerdings bisher nur beim allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, dessen Erhöhungen regelmäßig zu entsprechenden Anhebungen der Minijob-Verdienstgrenze führen.

UMFRAGE: Ist euer Arbeitsplatz gut gegen Hitze geschützt?



Die Sommer werden heißer, Hitzewellen werden häufiger und länger. Der Großteil der Arbeitsplätze unserer Umfrageteilnehmenden ist nicht ausreichend gegen Hitze geschützt, zeigt das Ergebnis einer nicht repräsentativen Umfrage der Fachzeitschrift *Altenpflege*.

Reform der Sozialhilfe gefordert

FINANZIERUNG Kommunen fordern eine Reform der Sozialhilfe: Statt langwieriger Einzelfallprüfungen sollen künftig Pauschalbeträge stärker zum Einsatz kommen. Vertreter von Städte- und Gemeindebund sowie Landkreistag sehen darin große Chancen für Bürokratieabbau und Personalentlastung. Sie plädieren für ein Modell ähnlich der Pflegeversicherung, bei dem Unterstützungsleistungen klaren Bedarfskategorien folgen.

Die Kommunen sprechen sich dafür aus, bei Sozialhilfeleistungen anstelle von Einzelfallentscheidungen stärker auf Pauschalierungen zu setzen. „In der Pflegeversicherung gibt es verschiedene Stufen, in die die Bedürftigen eingeordnet werden und nach denen sich die Unterstützung bemisst. Wir sollten auch bei der Sozialhilfe Pauschalen einführen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, André Berghegger.

86,6%

aller Pflegeeinrichtungen in einer Umfrage der BAGFW haben bereits eine SMC-B-Karte, die für den Anschluss an die Telematikinfrastuktur notwendig ist, beantragt.

Quelle: <https://vinc.li/44wfk5o>

mega.com
ein deutscher Hersteller für
Kontaktmatten
kompatibel mit fast allen
Schwesternrufanlagen.
Info unter 04191/9085-0
www.megacom-gmbh.de